

Pressemitteilung: Fünfte bundesweite Absolvent:innenbefragung des Bundesverbands rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V. veröffentlicht

12. September 2023

Zwei Jahre nach der letzten Absolvent:innenbefragung freut sich der Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V. (BRF), die Ergebnisse der inzwischen fünften Absolvent:innenbefragung veröffentlichen zu können. Die Auswertung zeigt: Nur ein Drittel der Befragten würde das Jurastudium in der aktuellen Form weiterempfehlen.

Ansprechperson

Emilia De Rosa

Stellvertretende Vorsitzende
vize@bundesfachschaft.de

Der Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V. ist die Interessensvertretung der Jurastudierenden in Deutschland. Als Dachverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften vertritt er die hochschulpolitischen Interessen von rund 120.000 Studierenden bundesweit gebündelt gegenüber regionalen und überregionalen Institutionen.

Seit 2014 führt der BRF unter den Absolvent:innen der ersten juristischen Prüfung eine Befragung durch, um ein umfassendes Meinungsbild über die Ausbildungsbedingungen im rechtswissenschaftlichen Studium zu gewinnen. An der fünften Absolvent:innenbefragung haben 1.384 Personen teilgenommen.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen erneut den Wunsch der Studierenden nach der Einführung eines integrierten Abschlusses: Dieser wird von 87,64 % der Absolvent:innen befürwortet. Gleichzeitig sehen die Teilnehmenden keine Konkurrenz für die erste juristische Prüfung: 93,79 % würden sich trotz Erhalt eines integrierten Bachelor-Abschlusses noch für die staatliche Pflichtfachprüfung anmelden. Auch das e-Examen wird zunehmend beliebter: Im Vergleich zur vierten Absolvent:innenbefragung 2020 gibt es in der Kategorie „absolute Zustimmung“ einen Zuwachs von 8,64 %.

Vergleicht man das Interesse der Teilnehmenden an einer wissenschaftlichen Karriere, fällt auf: Nur 15,26 % der weiblichen im Gegensatz zu 26,86 % der männlichen Teilnehmenden streben eine Promotion an. Hier zeigt sich deutlich das Phänomen der „Leaky Pipeline“. Die Absolvent:innen positionieren sich außerdem deutlich zum aktuellen Pflichtfachstoffkatalog: 76,30 % der Teilnehmenden bewerten die Stoffmenge und die Anzahl der Rechtsgebiete als zu umfangreich.

Frederik Janhsen, Vorsitzender des BRF, kommt zu dem Schluss: *„Die Absolvent:innenbefragung zeigt erneut die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform der juristischen Ausbildung. Erste Schritte könnten dabei die Einführung eines integrierten Abschlusses sowie die Möglichkeit, die Aufsichtsarbeiten digital anzufertigen, sein. Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Jurist:innenmangels ist es jedoch notwendig, das aktuelle Ausbildungssystem zu evaluieren und an die heutigen Bedingungen und Herausforderungen anzupassen.“*

Emilia De Rosa, stellvertretende Vorsitzende, ergänzt: *„Dass mehr als drei Viertel der Befragten den Pflichtfachstoff für zu umfangreich halten, deckt sich mit den Forderungen verschiedenster Akteur:innen. Denn um ein umfassendes juristisches Verständnis zu entwickeln, ist es nicht notwendig, auch den hundertsten Meinungsstreit auswendig zu lernen, der sich in jedem Kommentar findet.“*

Der digitale Abschlussbericht kann über diesen [Link](https://bundesfachschaft.de/absolventinnenbefragung2022) heruntergeladen werden:

Eine Vorbestellung des gebundenen Abschlussberichts ist über dieses [Formular](https://bundesfachschaft.de/absolventinnenbefragung-bestellen) möglich: